



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf einer 13. Schulorgani-  
sationsgesetz-Novelle

Wien, 24. Mai 1991  
Kettner/Bu  
Kl. 89993  
200/489/91

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

8/SN - 36/ME

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 36	GE/19
Datum: 27. MAI 1991	
Verteilt 31. Mai 1991	

*James*  
*Boeck*

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 22. April 1991,  
Zahl 12.690/5-III/2/91 vom Bundesministerium für Unterricht,  
Kunst und Sport übermittelten Entwurf einer 13. Schul-  
organisationsgesetz-Novelle gestattet sich der Österreichische  
Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu  
übersenden.

Beilagen

(Dr. Friedrich Slovak)  
Senatsrat



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien

Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135

Telefax national 0222-4000-99-89980

Entwurf einer 13. Schulorgani-  
sationsgesetz-Novelle

Wien, 24. Mai 1991

Kettner/Bu

Kl. 89993

200/489/91

An das  
Bundesministerium für Unterricht,  
Kunst und Sport

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

Zu dem mit Note vom 22. April 1991, Zahl 12.690/5-  
III/2/91, übermittelten Entwurf einer 13. Schulorgani-  
sationsgesetz-Novelle beehrt sich der Österreichische  
Städtebund, folgende Stellungnahme abzugeben:

**zu Art. I Ziffer 2:**

Die Formulierung "betreffend die Aufgabe, den Aufbau und  
die Organisationsform von Schulen" erscheint unklar. In  
der Praxis kommen Schulversuche, auf welche alle drei  
Kriterien kumulativ zutreffen, kaum vor, sodaß die vor-  
liegende Regelung voraussichtlich unanwendbar wäre.

Sollte der Sinn der gegenständlichen Regelung jedoch  
darin liegen, daß bereits eines der Kriterien für das  
Erfordernis einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung  
ausreichend ist, so wäre in dem zitierten Satzteil das

- 2 -

Bindewort "und" durch das Bindewort "oder" zu ersetzen. Außerdem wird festgestellt, daß gerade Schulversuche, die die Organisationsform betreffen, die Interessen des Schulerhalters berühren können. Es sollte daher auch dem Schulerhalter zumindest ein Anhörungsrecht zukommen.

**Zu Art. I Ziffer 3 (6):**

Durch die Neufassung des § 131 a Abs. 6 wird klargestellt, daß behinderte Schüler, die ihren Schulbesuch in integrativen Schulversuchen begonnen haben, während ihrer gesamten Schulpflicht in integrativen Schulversuchen betreut werden können. Dadurch kann es zu hohen Kosten für die Schulerhalter kommen, da nicht vorhersehbar ist, welchen Behinderungsgrad Kinder in einer Integrationsklasse haben. So könnte beispielsweise der notwendige Einbau von Aufzügen, von behindertengerechten Sanitäreinrichtungen usw. große Investitionen erforderlich machen, die vom Schulerhalter nicht bezahlt werden können.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Dr. Friedrich Slovak)  
Senatsrat